

MITTEILUNGEN UND RESOLUTIONEN

104e. Ministerrat

24. Juli 2024

1. Schreiben des Landeshauptmannes von Oberösterreich vom 9. Juli 2024, mit dem ein Beschluss vom 13. Juni 2024 betreffend „Prüfung und Weiterentwicklung der Herkunftskennzeichnung von Lebensmitteln“ vorgelegt wird.
2. Schreiben des Landeshauptmannes von Oberösterreich vom 9. Juli 2024, mit dem ein Beschluss vom 13. Juni 2024 betreffend „Abschiebungen nach Afghanistan und Syrien ermöglichen“ vorgelegt wird.
3. Schreiben des Landeshauptmannes von Oberösterreich vom 9. Juli 2024, mit dem ein Beschluss vom 13. Juni 2024 betreffend „Finanz- und Wirtschaftsbildung in Schulen“ vorgelegt wird.
4. Schreiben des Amtes der Vorarlberger Landesregierung vom 9. Juli 2024, mit dem eine Entschließung vom 4. Juli 2024 betreffend „An den Schulen soll auch Theater gespielt werden“ vorgelegt wird.
5. Schreiben des Amtes der Vorarlberger Landesregierung vom 9. Juli 2024, mit dem eine Entschließung vom 4. Juli 2024 betreffend „Jetzt ein Mobilitätspaket für Lehrpersonen schnüren!“ vorgelegt wird.
6. Schreiben des Amtes der Salzburger Landesregierung vom 4. Juli 2024, mit dem ein Beschluss vom 15. Mai 2024 betreffend „Einführung einer Bezahlkarte für die staatliche Unterstützung von Asylwerbern“ vorgelegt wird.
7. Schreiben des Amtes der Salzburger Landesregierung vom 9. Juli 2024, mit dem ein Beschluss vom 3. Juli 2024 betreffend „Islamistische Radikalisierung“ vorgelegt wird.
8. Schreiben des Amtes der Salzburger Landesregierung vom 4. Juli 2024, mit dem ein Beschluss vom 3. Juli 2024 betreffend „Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Etablierung einer gebietskörperschaftenübergreifenden Transparenzdatenbank“ vorgelegt wird.
9. Schreiben des Amtes der Niederösterreichischen Landesregierung vom 11. Juli 2024, mit dem ein Beschluss vom 20. Juni 2024 betreffend „Pflege ist Schwerarbeit“ sowie „Änderung der Voraussetzungen für das Vorliegen eines Schwerarbeitsmonats“ vorgelegt wird.
10. Schreiben der Kammer für Arbeiter und Angestellten für Salzburg vom 9. Juli 2024, mit dem die Anträge Nr. 3 – „Wohnkosten senken – Menschen entlasten – Wirtschaftsstandort sichern“ und Nr. 16 – „Eisenbahnverkehrsdienstverträge in Salzburg weiterhin nach dem Verfahren der Direktvergabe an die bewährten heimischen Partner vergeben“ vorgelegt werden.

11. Schreiben der Kammer für Arbeiter und Angestellten für Salzburg vom 5. Juli 2024, mit dem der Antrag Nr. 15 – „S-Link – Land Salzburg und Bund sollen endlich konkrete Antworten auf die vielen offenen Fragen geben“ vorgelegt wird.
12. Schreiben der Kammer für Arbeiter und Angestellten für Salzburg vom 5. Juli 2024, mit dem der Antrag Nr. 2 – „Verlängerung der steuerfreien Prämie für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter“ vorgelegt wird.
13. Schreiben der Landwirtschaftskammer Niederösterreich vom 8. Juli 2024, mit dem eine Resolution vom 8. Juli 2024 zu aktuellen Anliegen und Problemen in der Land- und Forstwirtschaft vorgelegt wird.
14. Schreiben der Burgenländischen Landwirtschaftskammer vom 28. Juni 2024, mit dem eine Resolution vom 21. Juni 2024 betreffend „EU-Renaturierungs-Verordnung“ vorgelegt wird.
15. Schreiben des Ersten Vorsitzenden des Wiener Gemeinderates vom 28. Juni 2024, mit dem ein Beschluss vom 26. Juni 2024 betreffend „Verpflichtende Werte- und Orientierungskurse ab Tag 1“ vorgelegt wird.
16. Schreiben des Ersten Vorsitzenden des Wiener Gemeinderates vom 28. Juni 2024, mit dem ein Beschluss vom 26. Juni 2024 betreffend „Einführung eines Integrationsjahres- Jugend und Umsetzung eines ausreichend finanzierten Integrationsjahres“ vorgelegt wird.
17. Schreiben des Ersten Vorsitzenden des Wiener Gemeinderates vom 28. Juni 2024, mit dem ein Beschluss vom 26. Juni 2024 betreffend „Nein zur Chatkontrolle“ vorgelegt wird.
18. Schreiben des Ersten Vorsitzenden des Wiener Gemeinderates vom 28. Juni 2024, mit dem ein Beschluss vom 26. Juni 2024 betreffend „Einführung eines österreichweiten Chancenindex“ vorgelegt wird.
19. Schreiben des Bürgermeisters von Langenzersdorf vom 26. Juni 2024, mit dem eine Resolution vom 24. Juni 2024 betreffend „Unverzügliches Verbot von Konversions- und reparativen Therapieformen an Minderjährigen“ vorgelegt wird.
20. Schreiben der Bürgermeisterin von Schlierbach vom 1. Juli 2024, mit dem eine Resolution vom 25. Juni 2024 betreffend „Verpflichtende Lebensmittelherkunftsbezeichnung“ vorgelegt wird.
21. Schreiben des Bürgermeisters von Knittelfeld vom 2. Juli 2024, mit dem eine Resolution vom 2. Juli 2024 betreffend „Herausforderungen der Gemeinden und ihrer Pflichtschulen in Bezug auf den Familiennachzug“ vorgelegt wird.

22. Schreiben des Bürgermeisters von Zell am See vom 28. Mai 2024 – eingegangen im BKA am 4. Juli 2024 – mit dem ein Beschluss vom 27. Mai 2024 betreffend „Errichtung eines Gemeindefachkörpers gemäß Artikel 118 Abs. 8 Bundes-Verfassungsgesetz“ vorgelegt wird.
23. Schreiben des Amtes der Niederösterreichischen Landesregierung vom 12. Juli 2024, mit dem ein Beschluss vom 4. Juli 2024 betreffend „Sicherstellung der Erhaltung von Schutzhütten in Niederösterreich“ vorgelegt wird.
24. E 379-NR/XXVII.GP vom 4. Juli 2024 betreffend „weitere Verbesserung des transeuropäischen Bahnverkehrs“ (Wortlaut siehe Beilage).
25. E 380-NR/XXVII.GP vom 4. Juli 2024 betreffend „Sicherstellung der raschen und kostengünstigen Pannenhilfe“ (Wortlaut siehe Beilage).
26. 364/E-BR/2024 vom 10. Juli 2024 betreffend „Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit im Zusammenhang mit dem Eisenbahngesetz 1957“ vorgelegt wird.

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 4. Juli 2024

betreffend „weitere Verbesserung des transeuropäischen Bahnverkehrs“

Die zuständigen Minister und Ministerinnen werden ersucht, sich weiterhin zum besseren Schutz der Umwelt und des Klimas und für die Konsumentinnen und Konsumenten auf nationaler sowie auf europäischer Ebene für die Weiterentwicklung zu einem europäischen Eisenbahnraum mit einem transeuropäischen Buchungs- und Bezahlssystem, weniger Grenzunterbrechungen und kürzeren Fahrzeiten einzusetzen.

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 4. Juli 2024

betreffend Sicherstellung der raschen und kostengünstigen Pannenhilfe

Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie, sowie der Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, wird ersucht sich aktiv auf europäischer Ebene für eine konsumentenfreundliche Regelung des Zugangs zu Fahrzeugdaten einzusetzen. Insbesondere soll vertreten werden, dass:

- Pannendienste und unabhängige Werkstätten uneingeschränkten und kostengünstigen Zugang zu den Fahrzeugdaten (z.B.: Reparaturanleitungen, Diagnosesysteme, ...) erhalten, sowie eine Offline-Lösung bereitgestellt wird, die für die Pannenhilfe und Reparatur notwendig sind.
- Der Zugriff auf Fehlercodes und andere relevante Daten über den gesetzlich verpflichtenden Diagnose-Stecker oder über „Fernzugriff / Over-the-Air (OTA)“ erfolgt, ohne dass zusätzliche Gebühren anfallen oder eine Onlineverbindung zum Herstellerserver für den Erhalt eines „elektronischen Zugriffsschlüssels“ erforderlich ist.
- Die EU-Kommission die „sektorspezifische Regulierung“, die im Dezember 2023 gestoppt wurde, zu realisieren. Das EuGH-Urteil vom 5. Oktober 2023 (Nr. C-296/22), das den Herstellern untersagt, den freien Zugang im Zuge von Wartungs- und Reparaturarbeiten zu beschränken, konsequent umgesetzt und nicht durch einseitige Änderungen der Typengenehmigungs-Verordnung unterlaufen wird.

Entschließung

des Bundesrates vom 10. Juli 2024 betreffend Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit im Zusammenhang mit dem Eisenbahngesetz 1957

angenommen anlässlich der Debatte über den Beschluss des Nationalrates vom 4. Juli 2024 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Eisenbahngesetz 1957 geändert wird (2603 d.B. und 2645 d.B. sowie 11534/BR d.B. und 11586/BR d.B.)

„Die Bundesregierung wird ersucht, ehestmöglich zu prüfen, eine Studie in Auftrag zu geben, die in weiterer Folge dem Nationalrat und dem Bundesrat zur Behandlung zugeleitet wird, mit welcher die Maßnahmen in Zusammenhang mit der Überwachung der Einhaltung der Bestimmungen über die Arbeits-, Fahr- und Ruhezeiten für Triebfahrzeugführer:innen gemäß Arbeitszeitgesetz, BGBl. 461/1969, evaluiert und Maßnahmen für die Überwachung vorgeschlagen werden.“